

Mehr Kita-Plätze, mehr Geburten

Jenaer Eucken-Preis an Stefan Bauernschuster für Forschung zu Arbeitsmarkt und Familienpolitik

VON FLORIAN GIRWERT

JENA. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte einst unüberlegt von „Familie und Gedöns“ gesprochen und das später bereut. Schließlich kann Familienpolitik die Gesellschaft und die Wirtschaft erheblich beeinflussen. Davon ist Professor Stefan Bauernschuster überzeugt. Für seine Forschungsarbeit ist er am Freitag von der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Walter-Eucken-Preis ausgezeichnet worden. Der Preis ist benannt nach einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, der 1891 in Jena geboren wurde – und ist mit 5000 Euro dotiert.

Heute müssen immer weniger Arbeitnehmer für immer mehr und immer ältere Rentner aufkommen – und die Politik sucht verzweifelt nach Möglichkeiten, Familien dazu zu bringen, mehr Kinder zu bekommen. Stefan Bauernschuster hat in seiner Arbeit – teilweise im Auftrag des Bundesfamilienministeriums – herausgefunden, dass ein Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder tatsächlich zu einer leichten Erhöhung der Geburtenzahl geführt hat.

„Wir haben das quasi-experimentell nachgewiesen – denn ein simpler Vergleich von vorher und nachher hat wenig Sinn.“ Also habe man statistische Daten aus ganz Deutschland ausgewertet. „In den Kreisen ist der Ausbau in den vergangenen zehn Jahren unterschiedlich schnell vorangegangen“,



Kennt sich mit dem Einfluss von Familienpolitik aus: Professor Stefan Bauernschuster.

Foto: Studio Weichselbaumer

erläutert der Professor. Dabei habe sich gezeigt, dass dort, wo das Betreuungsangebot ausgebaut wurde, die Zahl der Geburten leicht gestiegen ist. „Ökonomisch formuliert heißt das: Die Kosten für Kinder sind gesenkt worden – auch wenn das zynisch formuliert ist“, erläutert der Forscher, der seine Doktorarbeit bis 2010 in Jena geschrieben hat und heute in Passau lehrt und arbeitet.

Durch den Vergleich zwischen Kreisen mit unterschiedlichen Ausbautempo habe man zudem zweifelsfrei nachweisen können, dass der erst der Ausbau zu einer erhöhten Geburtenrate geführt habe. „Das unterscheidet die Erkenntnisse von einem Vorher-Nachher-Vergleich, wo man nie ausschließen kann, dass auch andere Ursachen für ein verändertes Verhalten ausschlaggebend

sind.“ Unterm Strich könne man sagen, dass ein Ausbau der Krippenplätze zu einem Plus von 2,8 Prozent bei den Geburten führt. „Damit kommen wir dann vielleicht von 1,4 Geburten pro Frau auf 1,5. Das ist nicht riesig, aber nachgewiesen.“

Echte Wahlfreiheit nicht durch Betreuungsgeld

Tatsächlich sei ein Ausbau der Kita-Plätze wirtschaftlich effizienter als andere familienpolitische Leistungen wie Kinder- oder Betreuungsgeld. „Kinder-geld kostet nämlich erst einmal nur Geld, während Betreuung Geld kostet, aber auch Arbeitsplätze schafft und es den Müttern wiederum ermöglicht, einer Arbeit nachzugehen und Steuern zu zahlen.“ Damit finanziere sich die Betreuung zumindest zum Teil selbst. Das Argument mancher Konservativer, mit dem Betreuungsgeld oder dem Thüringer Landeserziehungsgeld stelle man nur Wahlfreiheit für all jene her, die ihr Kind nicht in Betreuung geben wollten, wischt Bauernschuster vom Tisch: „Echte Wahlfreiheit ist nur gegeben, wenn jede Familie auch praktisch die Möglichkeit hat, einen Kita-Platz zu bekommen und man es nicht durch Geldleistungen attraktiver macht, auf diese Betreuung zu verzichten, weil der Staat es nicht geschafft hat, die Leistung anzubieten.“ Im Übrigen sei wissenschaftlich längst erwiesen,

etwa durch eine Studie aus Norwegen, dass Kinder in Betreuung in ihrer Entwicklung häufig weiter seien als Kinder, die zu Hause erzogen werden. „Dabei hat man gemessen, wie lange Kinder aufmerksam sein können, ob die Kinder sich in andere hineinversetzen oder mit dem Löffel essen können.“

Der erst 35-jährige Professor ist zwar Spezialist für die Wirkungen von Familienpolitik, doch als Wirtschaftswissenschaftler schaut er auch auf aktuelle Themen außerhalb seines direkten Fachgebiets. Den Mindestlohn hält er trotz der Erfolgsmeldungen von Politikern für falsch. „2005 war Deutschland der kranke Mann Europas. Deshalb hatte die Bundesregierung über die Hartz-Gesetze den Markt für geringe Einkommen stark dereguliert.“ Mittlerweile sei die Arbeitslosigkeit halbiert. Er gibt zu, die Arbeitslosigkeit sei durch den Mindestlohn bisher nicht gestiegen. „Aber ein simpler Vorher-Nachher-Vergleich ist da auch nicht angebracht. Vielleicht wäre die Arbeitslosigkeit ohne Mindestlohn ja sogar stärker gesunken?“ Firmen seien keine Samariter, sondern stellten Mitarbeiter nur dann ein, wenn sie mehr einbringen als kosten. Der Mindestlohn verhindere das. Reiche das Einkommen nicht, müsse der Staat eben umverteilen. „Ich bin gespannt, was passiert, wenn die Wirtschaft einbricht.“ Die nächste Krise, da ist Bauernschuster sicher, werde zweifellos kommen.